

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Gegründet 1826

Nummer 29

Angewandte Gebühre für die...
einmalige...
bei mehrmaliger...
nach Tarif...
Beitreibung u. Konkursen
in der Kabalt...
Verbreitete Zeitung
im Oberamtsbezirk
Telekomm.-Adress:
Gesellschafter Nagold
Postfachnummer
Stuttgart 5115

Clemenceaus Antwort auf die Kriegsgefangenen-Note.

Paris, 3. Dez. Dem deutschen Vertreter in Paris ist am 2. Dezember folgende Note zugegangen:
Sie haben am 27. November ein Schreiben über die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen an mich gerichtet, das eine Reihe von Behauptungen enthält, deren schneidender Ton nicht ansteht, um ihre Unrichtigkeit zu verdeutlichen.

Ganz allgemein hat Deutschland in der Kriegsgefangenenfrage nur ein in dem von ihm unterzeichneten Friedensvertrag formuliertes Recht, nämlich auf Beginn der Heimführung mit dem Tage der Inkraftsetzung des Vertrages, die auf den endgültigen Austausch der Ratifikationsurkunde folgt. Jede Abweichung von diesen Bestimmungen, die für die Vertragsparteien Gesetz sind, ist eine Verletzung. Die Behauptung, die Gefangenen seien schuldlos und für die Kriegsvorgänge nicht verantwortlich, hält übrigens der Prüfung nicht Stand.

Ihre Note erklärt, die französische Regierung habe zuerst am 29. August 1919 und später aus Anlaß der deutschen Kohlenlieferungen aber bei Zahlung einer Million an das Rote Kreuz als Sühne für die Ermordung des Sergeanten Raumbheim in Berlin bestimmte Verpflichtungen hinsichtlich der früheren Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen übernommen. Diese dreifache Behauptung entbehert der Begründung. Niemals ist die französische Regierung eine eigene Verpflichtung in der Frage eingegangen, die zur Zustimmung der Gesamtheit der Verbündeten gehört. Die Erklärung vom 29. August, die aus Gründen der Menschlichkeit und nicht gegen etwaige Zugeständnisse von deutscher Seite den Entschluß der Verbündeten verkündet hat, das Inkrafttreten des Friedensvertrages hinsichtlich der Heimführung der Gefangenen vorzuziehen, ist später erfolgt als die Besprechungen über die Kohlenfrage und diejenigen über den Sergeant Raumbheim, die dabei jedenfalls vollauf befriedigende Lösung dadurch gefunden haben, daß die französische Regierung der Heimführung zugestimmt hat. Diese Erklärung ist nicht zwischen der französischen Regierung und der deutschen Regierung in der Form eines aus Verhandlungen hervorgegangenen Verzeichnisses vereinbart worden, es ist dies eine unantastbare Erklärung aller Verbündeten über die Gesamtheit der von ihnen gemachten deutschen Gefangenen.

Die Erklärung verkündet: 1) den sofortigen Beginn der Heimführung, 2) die mögliche Unterbrechung dieser wohlwollenden Politik für den Fall, daß die deutsche Regierung und das deutsche Volk nicht alle die Verpflichtungen aus dem Waffenstillstand, die sie bis zur endgültigen Ratifizierung des Vertrages binden, erfüllen sollten.

Wem die diesem einseitigen Beschluß der Verbündeten hat die Heimführung sofort begonnen und in mehrere Monate lang durch die Rückkehr der deutschen Gefangenen aus England, Amerika und Belgien verwirklicht worden.

Wiederum gemäß der Erklärung vom 29. August wurde die Heimführung der Gefangenen eingestellt wegen der Nichterfüllung und der unvollständigen Erfüllung der Bedingungen des Waffenstillstands durch die deutsche Regierung.

Das Versprechen und die Drohung, die von der Gesamtheit der Alliierten aus freien Stücken ausgesprochen wurden, sind hiernach strikte ausgeführt worden.

Durch die Note vom 1. November sind der deutschen Regierung ihre Verstöße gegen die beim Waffenstillstand vom 11. November 1918, die gerade vor einem Jahr übernommenen Verpflichtungen vorgehalten worden. Sie wurde von den Maßnahmen und Strafen unterrichtet, die vorgeesehen sind, um die vollkommene Durchführung der im Friedensvertrag nicht erneuerten Waffenstillstandsbedingungen zu sichern. Die französische Regierung verfolgt keine auf die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen gestützte Politik und bedient sich ihrer nicht als Druckmittel. Sie hält sich lediglich an die Bestimmungen des Vertrages und wenn die im Monat August eingeleiteten wohlwollenden Maßnahmen nicht bis zur Ende durchgeführt wurden, so ist dies ausschließlich auf die Verstöße der deutschen Regierung gegen ihre eigenen Verpflichtungen zurückzuführen.

Die Verantwortlichkeit Deutschlands für die Verzögerung in der Heimführung der Gefangenen ergibt sich unmittelbar und schlagend aus der Tatsache, daß auf die Note der Alliierten vom 1. November keine Antwort erteilt wurde und daß die deutschen Vertreter, nachdem sie zur Regelung der Arbeit der zur Ausführung des Friedensvertrages eingesetzten Kommissionen nach Paris entsandt waren, zwei Tage nach ihrer Ankunft wieder nach Berlin zurückkehrten wurden, obwohl das Datum und das Verfahren für die Prüfung der aufgeworfenen Fragen im Einvernehmen mit diesen Delegierten festgesetzt worden waren.

Die deutsche Regierung ist es, die sich der Frage der Kriegsgefangenen zur Erregung der deutschen öffentlichen Meinung gegen die Alliierten und ganz besonders gegen Frankreich zu bedienen sucht. Dies wird durch die Tatsache erwiesen, daß die Konferenz die Ratifikation und die Inkraftsetzung des Friedensvertrages, der auch für den Zeitpunkt der demnächstigen Rückkehr der Gefangenen maßgebend ist, auf

den 1. Dezember festgesetzt hatte. Anstatt sich an den in Aussicht genommenen Abschlusshandlungen zu beteiligen, hat die deutsche Regierung eine dilatorische Haltung eingenommen und in einem unerträglichen Ton eine Erörterung über die Heimführung der Gefangenen eröffnet, obwohl es in ihrer Macht stand, daß diese sogleich nach Ende vorigen Monats, d. h. nach wenigen Tagen, heimkehrten. Der hinsichtlich der Heimführung dieses Vorgehens und die in der Ratifikation durch das eigene Verhalten Deutschlands eingetretene Verzögerung lassen die volle Verantwortung für das Verbleiben der Gefangenen in Frankreich, wo sie übrigens nicht nur human, sondern mit Wohlwollen behandelt werden, auf Deutschland zurückfallen.

Ohne weder auf die im übrigen der Richtigkeitstellung bedürftigen Verteidigungsgründe hinsichtlich Schlesiens und Oberschlesiens, auf die Frage der baltischen Provinzen (wo Deutschland sich erst auf starken Zwang hin zur teilweisen Erfüllung seiner Verpflichtungen verstanden hat), noch auf Artikel 61 der Verfassung, der bis zum heutigen Tag noch nicht aufgehoben ist (womit doch die deutsche Regierung stets den letzten Augenblick und einen moralischen oder tatsächlichen Zwang ab, ehe sie ihren Verpflichtungen nachkommt), noch schließlich auf die fälsche Behauptung einzugehen, daß Deutschland auf seine Propaganda verzichtet habe (von der die Alliierten so viele unzweifelhafte Beweise besitzen) will ich mich nur mit der Frage der Auslieferung der Schuldigen beschäftigen.

Die Deutschen leugnen selbst nicht, daß zahlreiche Verbrechen begangen worden sind und daß das fittliche Gefühl der Welt verletzt wäre, wenn die Verbrecher, deren Urheber bekannt sind, ungehandelt blieben.

Nein Mensch, der durch die nördlichen Teile Frankreichs und Belgiens kommt und mit eigenen Augen sieht, wie Provinzen planmäßig verwüstet, alle Industrieanlagen dem Boden gleich gemacht, die Wohnstätten mit methodischer Wildheit in Schutt verwandelt, alle Obstbäume einen Meter über dem Boden durchgesägt, die Vergewaltigungen und über die menschlische Arbeit ganzer Jahrhunderte höher als vernichtet ist, kann das Jögern Deutschlands betrreffen, sich mit der Wiedergutmachung dieser Freveln abzugeben. Wenn derselbe unparteiische Beobachter dann aus dem Munde der Bewohner hört, welche Behandlung sie vier Jahre hindurch ertragen haben, welche abscheulichen Gewalttaten und Zwangsmittel gegen Mädchen angewandt wurden, die in unerbörter Weise von ihren Familien getrennt worden waren, könnte er seine Entrüstung über die Stellungnahme Deutschlands und den anmaßenden Ton seiner Note nicht zurückhalten. Die Alliierten sind aufs höchste erstaunt, zu sehen, daß die öffentliche Meinung in Deutschland sich noch jetzt der deutschen Verantwortlichkeit so wenig bewußt ist und nicht selbst die gerechte Bestrafung der begangenen Verbrechen fordert, daß ferner die Verbrecher weder Rat noch Vaterlandsliebe genug besitzen, um freiwillig dem verdienten Urteil entgegenzugehen, ihre Handlungen vor Gericht zu verteidigen und ihrem Lande die Erfüllung seiner Verpflichtungen zu erleichtern.

Solange das deutsche Gewissen nicht, was die ganze Welt begreift, einsieht, daß das Unrecht wieder gut gemacht werden muß und die Verbrecher ihre Strafe finden müssen, darf Deutschland nicht erwarten, daß es in die Gesellschaft der Völler wieder eintreten kann, noch bei den Alliierten Vergebung für seine Vergehen und Wiedergutmachung der gerechten Friedensbedingungen erlangen wird.
(Geg.): Clemenceau.

Tages-Neigkeiten.

Um unsere Gefangenen.

Der Bund deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen erläßt folgende Kundgebung: Die deutschen Frauen u. Mütter, die mit heiserer Sehnsucht auf die Rückkehr ihrer in französischer Kriegsgefangenschaft gehaltenen Söhne u. Gatten warten, müssen es entschieden ablehnen, daß die Frage ihrer Freigabe veranlaßt wird mit der Frage des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete in Nordfrankreich. Die deutschen Frauen und Mütter haben daher auch tiefes Mitleid mit den Bewohnern der zerstörten Gebiete und verstehen ihr Verlangen, baldmöglichst wieder eine Heimstätte zu haben. Darum richten sie an die deutschen Männer die Bitte, sich zahlreich melden zu wollen, um beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu helfen.

Die Reichseinkommensteuer.

Wolf-Büro meldet: Der der Nationalversammlung zugehende Gesetzentwurf einer Reichseinkommensteuer läßt die ersten 1000 Mark eines jeden Gesamteinkommens vollkommen frei. Die Steuerhöhe für den 1000 M. übersteigenden Teil steuerbaren Einkommens sind gestaffelt. Sie betragen 10% für die ersten angefangenen oder vollen 1000 M. des steuerpflichtigen Einkommens, von da ab 11% für die nächsten angefangenen oder vollen 1000 M.; von da ab für jede weitere 1000 Mark des steuerpflichtigen Einkommens bis 15 000 M. erhöht sich der Tarif um je 1 von Hundert. Für Beträge über 500 000 Mark beträgt der Steuerfuß 60 vom Hundert. Das Prinzip der Steuererfassung an der Quelle

wird für Personen angewandt, die in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis stehen. Der Arbeitgeber hat bei der Lohnzahlung 10% des baren Arbeitslohnes zu Lasten des Arbeitnehmers einzubehalten und für den einbehaltenen Betrag Steuermarken in die Steuerkasse des Arbeitnehmers einzuliefern und zu entwerten. Der Arbeitnehmer kann die eingelebten und entwerten Steuermarken wie bares Geld auf seine Steuerschuld einzahlen. Das Gesetz soll am 1. April 1920 in Kraft treten.

Mit der Wiederaufbaufrage

and den Möglichkeiten deutscher Beteiligung beschäftigt sich die „Deutsche Allgemeine Zeitung“. Sie sagt: Aus den Ausführungen des Ministers Gessler geht hervor, daß die französische Regierung offenbar nicht die Absicht hat, von uns im nennenswerten Umfang Arbeiter für Nordfrankreich zu fordern, obwohl wir hierzu bereit waren und sind. Auf französischer Seite bestehen Bedenken nicht etwa gegen das Können unserer Arbeiter, wohl aber gegen ihre Gesundheit und den bei ihnen beständigen Volksheimismus. Da es sich in der Hauptsache um reine Erdarbeiten handelt, für die auch früher in Deutschland vielfach ausländische Arbeiter herangezogen wurden, so wird der Hinweis auf italienische u. polnische Kräfte den Sachmann nicht überraschen. Es bleibt dennoch ein großes Tätigkeitsgebiet übrig, nämlich die Herstellung und Errichtung von Baukonstruktionen, Fabrikanlagen, innerer Ausrüstung von Fabriken mit Kraft u. Werkzeugmaschinen. Diese Arbeiten werden allerdings hauptsächlich in Deutschland selbst zu verrichten sein, sodas in Nordfrankreich nur Montagetouren in Frage kommen. Aber es ist nicht gesagt, daß Frankreich nicht eines Tages noch ein Arbeiterheer von uns fordern könnte, wahrscheinlich indessen ist das jetzt nicht mehr.

Gründung einer bayerischen Königs Partei.

München, 2. Dez. Die bayerische Königs Partei, die im Laufe schon gut organisiert ist, wurde am Sonntag in München offiziell gegründet, um den gesetzlichen Vorschriften zu genügen. Erster Vorsitzender ist Schriftleiter Mager-Koop. Das Programm verlangt ein freies, selbständiges Bayern mit einem freien Volkskönig an der Spitze, mit zwei Kammern, von denen die erste eine händische sein soll, Referendariat, auch des Königs gegen parlamentarische Verantwortlichkeit, freie Kirche im freien Staat, freie Schule für freie Eltern. In Unterfranken sowie in Nordbayern, nördlich der Donau und in der Oberpfalz, besonders aber in Oberbayern nördlich von München zwischen Isar und Lech hat die Partei ihr Hauptverbreitungsgebiet. Die Gründungsverammlung im katholischen Gesellschaftshaus ermächtigte den Referenten, ein Kundgebungstelegramm an den früheren König von Bayern zu senden. Hieraus erhob sich die Beschlaffung um einem dreifachen Hoch auf den König und lang die altbairische Königsymne.

Die Verteilung der deutschen Flotte.

Der Oberste Rat der Alliierten setzte am 2. Dez. die Frage über die Verteilung deutscher Schiffe fest. Der Grundlag der allgemeinen Demontierung der deutschen Kriegsschiffe wurde aufrecht erhalten. Endlich hat der Oberste Rat beschlossen, daß die deutschen U-Boote das gleiche Schicksal wie die übrige Flotte erleiden, d. h. sie werden zerstört werden, mit Ausnahme von zehn Einheiten, die Frankreich übergeben werden sollen.

Heber einen neuen Zwangsvorschlag Fochs

heißt es in verschiedenen Morgenblättern, der Oberste Rat habe auf einen Vorschlag Fochs beschlossen, von Deutschland die Unterdrückung der Militärorgane zu verlangen, die im Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrages stehen.

Die Zustände auf der Vulkanwerft.

Hamburg, 2. Dez. Auf der Vulkanwerft fanden vor-mittags und nachmittags Besprechungen des Arbeiterrates mit der Direktion statt. Ruhestörungen sind nicht vorgekommen. Bei der Deutschen Werk Hamburg-Finkenwerder wurde gestern auf Antrag der Arbeiterschaft mit großer Mehrheit die Wiederaufnahme der Akkordarbeit beschlossen. Bei der Werk von Bohn u. Boff soll der gleiche Antrag gestellt worden sein. Hamburg, 2. Dez. Vormittags fand im Gewerkschaftshause eine Werftarbeiter-Versammlung statt. Ein mehrheitssozialistisches Mitglied des Arbeiterrates der Werk führte aus, daß nicht eine Partei, sondern die Anarchie dort herrsche. Der Zustand sei von unverantwortlichen Pögnern u. Schreibern hervorgerufen worden. Ein Vertreter der U. S. P. sagte, die Diebstahle hätten in erschreckendem Maße zugenommen; die Arbeitsleistung hätte in demselben Maße abgenommen, deshalb sei der Entschluß der Geschäftsleitung zur Schließung des Betriebes natürlich. Es liege sich wohl ein Akkordsystem finden, das menschenwürdig sei und auskömmliche Löhne sichere. Die Geschäftsleitung machte für die Wiederaufnahme der Arbeit zur Bedingung, daß auf der Vulkanwerft dieselben Arbeitsbedingungen eingeführt werden, wie auf den anderen Werften. Alle Arbeiter sollten zwar nicht wieder eingestellt werden; aber doch die Mehrzahl. Die Versammlung nahm mit überwiegender Mehrheit eine Entschließung an,

in der dem bisherigen Betriebsrat das Vertrauen ausgesprochen und er beauftragt wurde, in Verbindung mit den Gewerkschaften eine möglichst günstige Regelung der Angelegenheit zu erstreben. Hierzu ist zu bemerken, daß die Verfestigungsfähigkeit es abgelehnt hat, neue Kommissionen zu empfangen und nur mit dem bisherigen Betriebsrat verhandeln will.

Hamburg, 2. Dez. Bei den Besprechungen des Arbeiterrats mit der Direktion der Vulkanwerke kam es heute nachm. zu einer Einigung. Die Arbeiter werden morgen Mittwoch mit Beginn der neuen Lohnwoche wieder eingestellt, so daß der Betrieb der Werke wieder seinen gesicherten Gang gehen wird. Die Beamten der Werke werden von Freitag ab wieder im Betrieb tätig sein.

Putzsch in Siebenbürgen.

Budapest, 2. Dez. (Mag. Korz. Buc.) In Hermannstadt haben am 21. Nov. Ungarn, Sachsen und Rumänien gegen den siebenbürgischen Verwaltungssenat einen Putzsch veranstaltet. Dieser wurde für aufgehoben erklärt und an seiner Stelle ein neuer ernannt, weil der frühere Verwaltungssenat sich für die Annexion ausgesprochen hatte, während der jetzige ein neues selbständiges Siebenbürgen wünscht und allen Annexionsgedanken fernbleibt. Die königlich rumänische Regierung ließ darauf in Hermannstadt das Ständrecht veränderten und die Teilnehmer des Putzsches verhaften. Bezeichnenderweise hat sich die siebenbürgische rumänische Bevölkerung an dem Putzsch nicht nur nicht beteiligt, sondern sogar eine führende Rolle dabei gespielt und sich offen gegen jede Annexion ausgesprochen.

Ein Streik der Generale in Spanien.

Madrid, 2. Dez. Die Ministerkrise wurde durch einen schweren Zwischenfall im Militärbereich herbeigeführt. 14 Generalstabsoffiziere, die wegen Vergehens gegen die Disziplin abberufen worden waren, waren durch das Oberste Gericht wieder in die Armee aufgenommen worden. Die Regierung wurde durch die Militärstände aufgefordert, sie aus der Armee zu verweisen. Im Verlaufe des 29. 11. sollen dann alle Infanterieoffiziere mit Einschluß der Generale verbannt haben, daß man sie in den Ruhestand versetze. Alle in Madrid anwesenden Generale unternahmen schon im Laufe des Tages beim Kriegsminister einen diebezuglichen Schritt. Der Minister trat besprechend hierauf die Lage. Sonntag nachmittags versammelte sich der Kabinettsrat neuerlich und im Verlaufe dieser Sitzung reichte der Kriegsminister sein Rücktrittsgesuch ein. Am Abend begab sich Sanchez Lora in Begleitung des Kriegsministers zum König, um ihm die Demission des gesamten Ministeriums mitzuteilen. Nach einer bis 10 Uhr abends währenden Besprechung mit dem König begaben sich Sanchez Lora und der Kriegsminister wieder zum Ministerrat zurück, wo die Verhandlungen neuerlich aufgenommen wurden.

Amerika und der Frieden.

London, 2. Dez. „Daily Mail“ wird aus New-York geteilt, der republikanische Führer Lodge habe erklärt, daß an den vom Senat angenommenen Vorbehaltungen eine Änderung nicht mehr möglich sei. Der Präsident müsse sie entweder annehmen oder ablehnen und sich in diesem Fall auf die daraus entstehenden Folgen vorbereiten. Wenn der Präsident sich entschlöße, die Vorbehalte abzulehnen und darauf bestände, daß sie den Wählern unterbreitet würden, so seien die Republikaner entschlossen, dem Präsidenten zu tragen und den Friedensvertrag nach amerikanischer Auffassung umzugestalten.

Die Anfänge der Hohenzollern.

Von Adolf Kaysser.

(Nachdruck verboten).

Wer dem Ursprung unseres bisherigen Kaiserhauses nachspüren will, der muß von Lüdingen mit der Hollernbahn zunächst an der Kaiserburg vorbeifahren bis zur Station Lausen a. d. Woch. Von da führt ein steiler Weg durch herrlichen Buchenwald 500 m hoch empor zu den von einem vorgeschichtlichen Ringwall umschlossenen Trümmern der gewaltigen Schalksburg. Hier stehen wir, 900 m über dem Meer an dem ältesten Sitz der später nach dem Zoller benannten Grafen des Scherragaus. Man glaubt, daß sie ein Zweig des uralten thüringisch-sachsenischen Herzogsgeschlechtes der Burkardinger waren, die uns allen durch Scheffels Erbkinder vertraut geworden sind. Ein Sproß dieses Hauses ist der älteste bekannte Graf des Scherragaus; er hat den Namen Burkard auf die Zoller ebenfalls vererbt, wie die Farben seines Schildes: schwarz und weiß.

Die Trümmern der Burg sind stumm. Einwas Leben aber kommt in die alten Jotten, wenn wir zehn Minuten weiter gehen zu dem Michaelskloster von Burgfelden. Dieses sollte im Jahr 1892 abgebrochen werden, da entdeckte man unter der Tünche schwabenhaltene Fresken aus dem ersten Jochhundert, der Reichenauer Schule entstammend. Sie gehören zu dem Ältesten und Wertvollsten, was künstlerische Kunst auf deutschem Boden geschaffen hat. Merkwürdig aber, sie stellen nicht nur das jüngste Gericht und andere biblische Stoffe dar: An der Nord- und Südwand sind Kampfszenen dargestellt, die offenbar Ereignisse der hier eingewanderten Burgherren verewigen sollen. Wir sehen einen Wald, in dem drei Männer einem Reiter anlaufen. Daneben wird ein Schimmelreiter von zwei Fußgängern überfallen und enthauptet. Was mag das bedeuten? Die große Geschichte jener Zeit gibt Aufschluß: Im Sommer 1040 machte Kaiser Heinrich III. einen Feldzug gegen Herzog Bretislav von Böhmen. Der hatte Polen erobert und stand im Begriff, ein großes slavisches Reich zu gründen, und die eben erst begründete Herrschaft der Deutschen zwischen Elbe und Oder zu bedrohen. Seine Macht mußte gebrochen werden und mit einem stattlichen Ritterherzog zog der Kaiser gegen Böhmen. Aber der Etschenfürst hatte die Hilfe des schwer zugänglichen Böhmerwaldes verschont und in den Wäldern lauerte Hinterhalt. In einen solchen geriet die eine Hälfte des Heeres und die schwer beweglichen Ritter fielen unter den Pfeilen der Slaven dahin. Es war eine schwere Niederlage. Doch gelang es dem Kaiser im folgenden Jahr Böhmen zu erobern und den

Amsterdam, 2. Dez. Dem Preßbüro Radio zufolge erklärte Senator Lodge, daß die Vorbehalte der Mehrheit zum Friedensvertrage Mindestforderungen seien. „New-York Times“ schreibt dazu, es sei zweifelhaft, ob Lodge in diesem sein werde, alle Mitglieder seiner Partei zusammenzuführen, namentlich, wenn Präsident Wilson sich bereit zeigen sollte, einige Vorbehalte, die für die gewöhnlichen Revisionisten und einige andere Republikaner annehmbar seien, anzunehmen. Ferner schreibt die „New-York Times“, die Führer der beiden Parteien erwarteten, daß der Präsident den Friedensvertrag noch vor Ablauf der Woche zurückziehen werde und daß der Senat ihn nicht eher wieder zu Besicht bekommen werde, ehe die Verhandlungen über ein Kompromiß abgeschlossen seien.

Die von Scapa Flow.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ veröffentlicht einen Aufruf der zurückgebliebenen Scapa-Flow-Befehlungen und Flieger an die Heimat, in dem es u. a. heißt: „Wir Deutschland für unsere Heimstadt gezeugen werden, schmachtvolle Bedingungen zu unterzeichnen, so wollen wir alle Mann für Mann weiter das Los der Kriegsgefangenschaft tragen. Dann tun wir weiter unsere Pflicht für unser geliebtes Vaterland, für unsere Heimat, für Deutschland, Deutschland, Deutschland über alles.“

Kleine Nachrichten.

Berlin, 2. Dez. Der Erlaß des Präsidenten von China vom 15. September 1919 über die Wiederherstellung des Friedenszustandes zwischen China und Deutschland bezieht sich u. a. darauf, daß durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages zu Verlaß des Kriegszustandes zwischen den Alliierten und Deutschland ein Ende gemacht sei, verweist auf Chinas Unterzeichnungsverweigerung der Schantungartikel und gibt die Vereinbarung des Kriegszustandes zwischen der chinesischen Republik und dem Deutschen Reich bekannt. Ein weiterer Erlaß vom 18. September verleiht dieselbe für die Beziehungen zu Österreich. Für die deutschen u. österreichischen Staatsangehörigen bleiben jedoch die seit Kriegsausbruch erlassenen Verordnungen bis zu ihrer ausdrücklichen Aufhebung in Anwendung.

Berlin, 3. Dez. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ wird über Amsterdam aus Paris gemeldet, daß die französischen Vertreter aus der Friedenskonferenz die amerikanischen Abgeordneten haben, ihre Abreise aufzuschieben, bis das Protokoll, das den Frieden mit Deutschland in Kraft treten läßt, unterzeichnet ist. Man behauptet, daß die Abreise der amerikanischen Abgeordneten bei der augenblicklichen Lage, rascher als vor Monaten beschlossen worden sei, in Deutschland fassch ausgelegt werden würde.

Freiburg, 2. Dez. Nach Blättermeldungen ist die Erhebung des Erzbischofs Dr. Ritter zum Kardinal grundsätzlich beschlossen. Verhandlungen sind eingeleitet.

Amsterdam, 2. Dez. Wie der Brüsseler Korrespondent des Telegraf von gut unterrichteter Seite erzählt haben die Verhandlungen über die Revision des Vertrages von 1899 zu einer Einigung über die wirtschaftlichen Fragen geführt. Man hat sich sowohl über die Verwaltung der Schelde für die Friedenszeit als auch über die Anlegung eines Scheidewegs von einem Kanals Antwerpen-Brüssel geeinigt. Dies waren die wichtigsten Wünsche Belgiens auf wirtschaftlichem Gebiete.

Paris, 2. Dez. Nach einer Meldung des „Matin“ erklärte Raymondpoth in englischen Unterhaufe, daß man im Hinblick auf die Faltung der rumänischen Regierung beschloffen habe, alle für Rumänien bestehenden Erschießerungen aufzugeben, bis neuerliche Verfügungen getroffen seien.

Herzog vollständig zu unterwerfen. Von da an galt Böhmen als deutsches Leben. Unter den gefallenen Rittern aber war ein schwäbischer Graf Burkard, der im Kloster Reichenaug begraben liegt. Alles deutet darauf, daß er der Herr der Schalksburg war, und daß sein Tod in der dort nachher gebauten Kirche feiner Burg verewigt worden ist. Eine uralte Nachricht freilich haben wir nicht.

Dieselbe Wand zeigt vier Ritter, von denen zwei am Boden liegen und eben getötet werden. Das paßt merkwürdig zu der ersten Urkunde, in welcher der Name Zoller genannt ist: „Burkardus et Wezil de Zoler in occiduntur“ d. h. Burkard und Wezil von Zoller werden getötet — so steht in der Chronik von Reichenaug zum Jahr 1061 verzeichnet. Ein ähnlicher Eintrag im Totenbuch von St. Gallen vermerkt den 29. August für den Tod der beiden. Unter dem Altar von Burgfelden hat man ein großes Doppelgrab mit Steinsärgen gefunden. Da die Kirche um 1050 gebaut sein wird, dürften die genannten ersten Hohenzollern hier ihre Grab gefunden haben, und der Pinzel des Malers von Reichenaug hat neben des Vaters Tod dem Jüngeren ein Denkmal gesetzt. Offenbar hat das Grafengeschlecht kurz vorher seinen Sitz von der unsichen den Bergen vertriebenen Schalksburg nach dem westlichen Jollernberg verlegt. Aber der lag in der benachbarten Grafenschaft, Sittichgau. Merkwürdig, daß laut Totenbuch des Klosters Einsiedeln im August desselben Jahres Graf Gasso von Sittichgau gefallen ist. Anaf zu Helden gab es zwar in jenen Jahren mehr als genug, da Heinrich VI. erst 11 Jahre alt war, und sein späterer Gegenkönig Rudolf unter heftigem Widerspruch schwäbischer Großen mit dem Herzogtum in Schwaben betraut wurde. Aber es liegt näher zu vermuten, daß Graf Gasso die Bezeichnung des Zollern und der Erbauung einer Burg auf seiner stolzen Höhe als Einbruch in sein Gebiet nicht dulden wollte, daß es darüber zum Kampfe kam, der beiden Teilen den Tod brachte. Der Sieg muß aber trotz des Falles der beiden Jollerngrafen auf ihrer Seite gewesen sein, denn ihr Geschlecht ist von da an im Besitz der Burg.

Der Joller (wie das Volk der Gegend heute noch sagt) ist ein schlanker Bergkrieger aus weissen Jurauf, von 800 m Seehöhe, 300 m hoch über dem Vorland, gleich dem Hohenstaufen, der Tod, dem Reußen, der Alchim wie ein Vorposten der Hochobere vorgelagert. Ein herrlicher Blick auf das Vorderland u. auf die Vorberge des Schwarzwalds dehnt sich für den Ausflieger. (Schluß folgt.)

Bismarck und die drei Kaiser. Die Gespräche von Bismarcks Edermann“ Heinrich von Poschinger, deren Veröffentlichung aus dem Nachlaß im neuesten Heft der „Deut-

Vermischtes.

Einstellung des Luftverkehrs Friedrichshafen-Berlin. Der Luftpostverkehr zwischen Friedrichshafen und Berlin wird wegen Umbau des Luftschiffes auf längere Zeit eingestellt. Das Luftschiff verkehrte aus Friedrichshafen letztmals am 1. Dezember.

Wie wird der neue Wein heißen? Die Namengeber sind an der Arbeit. Die einen wollen ihn zur Erinnerung an die Revolution den „Anstürzler“ nennen, die zweiten im Bedenken an den modernen Zeitgeist den „Schieber“, die Dritten im Hinblick auf das mangelnde Heizmaterial den „Kohlenerler“. Wer hebt das Rad aus der Laufe?

An Auswanderungslustige. Die brasilianische Regierung ist, wie die „N. N.“ in ihrem Interalentel bekannt gibt, bereit 3100 deutsche Auswanderer (Landwirte) auf ihre Kosten vor Ende dieses Jahres auf einem brasilianischen Schiff das einmal monatlich den Hafen Rotterdam anlaufen wird, nach Brasilien zu befördern. Ausführliche Anmeldungen sind an das Schweizerische Konsulat in Düsseldorf (Centralstr. 29, Rheinhof) zu richten.

Maul- und Klauenheude. Die Maul- u. Klauenheude tritt in der Südschwabe, jetzt auch in der Nordschwabe in bössartiger Form auf. Sie hat u. u. auch auf Württemberg übergegriffen und in Wolfartsweiler OÄ. Saulgau einen äußerst bössartigen Charakter angenommen, ohne daß eine Einschleppung nachgewiesen werden konnte. In dem dortigen zuerst betroffenen Viehbestand sind von 25 Stück Rindvieh 4 Stück an der Seuche gefallen, 4 weitere mußten geschlachtet werden. Zwei weitere Bestände sind bereits von der Seuche heimgesucht. Strenge Abwehrung und Vorsicht sind angeordnet, um die Landwirtschaft von unübersehbaren Verlusten zu schützen.

Französische Wirkwaren in Deutschland. Die deutschen Wirkwaren-Fabriken sind Augenblicklich wegen Rohstoffmangel nicht in der Lage, der starken Nachfrage für ihre Erzeugnisse im Inlande zu genügen. Deshalb darf es nicht wundernehmen, wenn das Ausland seine Waren in Deutschland abzulehnen vermag. Aus Südtirol, insbesondere aus den Porenäden, liegen bedeutende Angebote französischer Wirkwarenerzeuger vor. Die Veruche jedoch, die man bisher mit dieser Ware gemacht hat, ermutigen nicht sehr.

Teure Weihnachtobäume. In der Nationalversammlung wurde folgender Antrag eingebracht: Pressenachtstunden zufolge, die sich ausschließlich auf Mitteilungen aus Großhandelskreisen beziehen, werden die Weihnachtobäume in diesem Jahr ganz ungewöhnlich teuer werden. So sollen Frühfrüchte nicht unter 8—20 Mk. zu haben sein, Tannen werden 10—25 Mk. und Edeltannen 14—30 Mk. kosten. Ist die Reichsregierung bereit, unuerzlich Maßnahmen gegen derartige Ausbeutungsversuche der Bevölkerung zu treffen?

Aus Stadt und Bezirk.

Magold, den 4. Dezember 1919.

Neuer Roman. Wir beginnen heute mit dem Abdruck des Romans „Der Triumph des Lebens“ aus der Feder von Lu La Stein, worauf wir unsere gesch. Leserrinnen und Leser besonders aufmerksam machen.

Die Fernsprech- und Telegraphendienstzeit ist bei sämtlichen Post- und Telegraphendirektionen anlässlich der Maßnahmen zur Kohlenersparnis einzuführen. Dem Postamt Magold erbitigt daher künftig die Fernsprech- u. Telegraphendienstzeit um 8 Uhr abends, bei den Postagenturen und Telegraphendirektionen um 6 Uhr abends.

sehen Mundschau“ fortgesetzt wird, enthalten wieder hochbedeutende Kennzeichen des Fortschritts, die z. T. auch die Gegenwart beleuchten. So gab Bismarck seinem Befugter Charakterbilder der drei Kaiser: „An dem alten Kaiser war alles vornehm und korrekt; dabei wollte er nicht unsehbar sein wie der jetzige. Oft gab er ein gefälliges Urteil auf, wenn ich ihn von der Altenlage in Kenntnis gesetzt hatte, ohne mir einen stillen Stroll im Herzen zu bewahren. Auch mit dem Kaiser Friedrich wäre ich ganz gut ausgekommen. Schon als Kronprinz waren meine Beziehungen zu ihm nicht so schlecht, wie man dies gewöhnlich voraussetzt. Dem Erlaß an den Reichsfanzler, den er bei seinem Regierungsantritt veröffentlichte, überreichte er mir versiegelt, von San Remo kommend, auf der Fahrt von Leipzig nach Berlin. Ich trug das Kuvert auf und las den Inhalt, worauf er mich fragte, ob ich gegen die Veröffentlichung des Erlasses etwas einzuwenden habe. Ich verneinte diese Frage und hätte sie — aus Mitleid mit dem Armen — selbst dann verneint, wenn Schlimmeres darin gestanden hätte. Auch mit der Kaiserin Friedrich wäre ich fertig geworden. Kaiser Friedrich zeigte seiner Gemahlin gegenüber selbst in seinen schlimmsten Tagen einen selten Willen. Als es sich darum handelte, ob der Vattenberger nach Berlin eingeladen werden sollte und die Kaiserin Friedrich diesen Wunsch nicht aufgab, raffte der Kranke seine letzte Kraft zusammen. Es war das erste- und das legtemal nach der Tracheotomie, daß er ein lautes Wort von sich gab. Darauf verließ er selbst im gleichen Augenblicke ein Zimmer, um in einem benachbarten seinen Tränen Lauf zu lassen.“ Neben die Unmöglichkeit, unter Wilhelm II. weiter zu dienen, sagte Bismarck: „In den letzten Monaten vor meiner Entlassung hat in schlaflosen Nächten die Frage mich unablässig beschäftigt, ob ich unter ihm aushalten könnte. Meine Liebe zum Vaterlande sagte mir, du darfst nicht gehen, du bist der einzige, der diesen Willen noch das Gleichgewicht zu halten vermag. Aber auf der andern Seite konnte ich die Selbstverwirklichung des Romanen, die mir die traurigsten Bewundlungen im Bereiche der Möglichkeit erscheinen ließ. Das Schauspiel, das sich in Bayern mit König Ludwig II. verhält, nisamäßig glatt abgepielt hat, würde in einem Militärstaate wie Preußen einen verhängnisvolleren und schwierigeren Charakter annehmen. Der Kaiser hat dann meinem Seelenkämpfe selbst ein Ende bereitet, indem er mich wissen ließ, daß er mich nicht mehr haben wolle. Ich akzeptierte diesen Standpunkt, wollte das Auseinandergehen aber in einer würdigen Weise durchführen. Statt dessen hat mich der Kaiser förmlich hinausgemorfen.“ (Merkur)

Berlin Rücksticht an Speisekartoffeln, das den Wenden der Landes für Bremen die ihren e Speisekartoffel Komunal freigegeben in Anspruch

Reichsstaats als Ruhezeit 30. Juni 1. schaffe erdö wäher, wen ausführt Neue Gefue Staatsange lung der schiffen ve

Strid- un Bekannim Baumolle fen: ihre Kraft gele gungsberec

aus erwünschten ind größre Städen in in 50 Big. 10 Big. Städen un nigte Ausst erte Prägi und der F sollen sich geringe St land, wie Summen tiglich we den Hollän große Ange Die rein schärfe Ge

handlungsge mingelada und 90 4. belaufen lage au etwa 9000 teure Sig

Stunt migeteil, sud, daß daß stat wie Del, 1 St heute in ganze Ber Stengeln schauen bi

Das daf seine hatte schon Braders

Da h du n Bekter erz Alio wer Ge an ihre schlan wellen nu drang das lodig herp die großer verziehen. Wollte daß in schade! Sie l bit und l selien be ich habe e löst, da? Am Mio über wiffen? Sie r Sie n nun eine frunde sie ihre Bfu

Verarbeitung von Kartoffeln zu Branntweinen. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten bei der Aufbringung von Speisefartoffeln hat das württ. Ernährungsministerium bestimmt, daß das Brennen von Kartoffeln in landwirtschaftlichen Brennereien bis auf weiteres nur noch mit Erlaubnis der Landeskartoffelstelle gestattet ist, die für die Regel nur für Brennereien in solchen Kommunalverbänden erteilt wird, die ihren eigenen Bedarf und ihre Vorratshaltung an Speisefartoffeln aufgebracht haben. Gleichzeitig wurden die Kommunalverbände verpflichtet, die bisher an Brennereien freigegebenen Kartoffeln zur Deckung des Speisefartoffelbedarfs in Anspruch zu nehmen.

Ueberteuerungsansprüche für Notstandsarbeiten. Das Reichsfinanzministerium, das früher den 31. Dezember 1919 als äußersten Termin für die Gewährung von Ueberteuerungsansprüchen bezeichnet hat, verlängert nun die Frist bis zum 30. Juni 1920. Die im Feststellungsbescheid genannten Zuschläge erhöhen sich jedoch nicht. Sie werden ungeklärt gemeldet, wenn das Unternehmen bis 30. Juni 1920 vollständig abgeschlossen ist. Anträge auf Fristverlängerung erheben sich. Neue Gesuche werden nicht mehr berücksichtigt. Im heutigen Staatsanzeiger werden weitere Vorschriften über die Behandlung der Gesuche um Gewährung von Ueberteuerungsansprüchen veröffentlicht.

Wahlen zur Landwirtschaftskammer. Wie wir bestimmt erfahren, werden die Wahlen zur Landwirtschaftskammer am 21. Januar 1920 stattfinden.

Aufhebung der Bewirtschaftung von Nährbäden, Strich- und Stopfgarn. Die Reichsbefehlshaberstelle hat ihre Bestimmungen über die Bewirtschaftung und die Preise für Baumwollnährbäden, sowie baumwollene Strich- u. Stopfgarne, ferner ihre Bestimmungen für Hersteller und Abnehmer außer Kraft gesetzt. Die Garnen usw. werden den 3. J. Verfügungsberechtigten freigegeben.

Ausprägung von Kleinmünzen. Im den höchst unerwünschten Umlauf städtischer Erlaßwertzeichen zu beseitigen, sind größere Prägungen von 50 Pfg., 10 Pfg. und 5 Pfg.-Stücken in die Wege geleitet. Es werden 50 Millionen Mk. in 50 Pfg.-Stücken aus Aluminium, 10 Millionen Mk. in 10 Pfg.-Stücken aus Zink und 3 Millionen Mk. in 5 Pfg.-Stücken aus Eisen zur Ausprägung kommen. Für beschleunigte Ausführung ist Sorge getragen. Ferner steht die weitere Prägung von 7 Millionen Mk. in 5 Pfg.-Stücken bevor und der Herstellung von 10 Millionen Mk. 10 Pfg.-Stücken sollen sich weitere 10 Pfg.-Prägungen anschließen. — Der geringe Stand unserer Marktwährung ermuntert das Ausland, wie die Rheinische Zeitung in Köln dazu schreibt, große Summen in deutschen Grund und Boden anzulegen. Fast täglich werden größere Landereien zu enormen Preisen von den Holländern erworben. In Köln haben Ausländer eine große Anzahl Häuser zu beträchtlichen Uebereisen angekauft. Die rheinischen Abgeordneten haben die Regierung um scharfe Gegenmaßnahmen gebeten.

Neue Tabakverteilung. Durch die deutsche Tabakhandels-gesellschaft in Bremen werden rund 28.834 Kg. Dominogtabak zur Verteilung kommen, darunter 10% Umlauf und 90% Einlage. Die vom Handel zu zahlenden Preise betragen sich für Umlauf auf etwa 110—120 Cents, für Einlage auf 95—105 Cents. Der Umlaufumsatz beträgt etwa 9000 Mk. für 100 holländische Gulden. Das gibt recht teure Zigaretten.

Aus dem übrigen Württemberg.

Die Butterverforgung Württembergs.

Stuttgart, 3. Dez. Aus gut unterrichteter Quelle wird mitgeteilt, daß die Butterverträge in Württemberg, so knapp sind, daß in allerhöchster Zeit damit gerechnet werden muß, daß statt Butter andere Fette zur Verteilung kommen müssen, wie Öl, Margarine und kondensierte Milch.

Stuttgart, 2. Dez. Ein ungewöhnliches Bild zeigt sich heute in den Schaufenstern der Vöckereien. Es gibt da ganze Berge von Brezeln, Salz- und Kaugewürden, Hörnchen, Stengeln und dergl. Vorbei und strahlende Kinderaugen schauen hinein, denn Tausende sind es, die diese „Gericht-

leiten“ nur vom Hörensagen kennen. Die Weizenkleinbrot, wie die amtliche Bezeichnung für diese „Friedensware“ lautet, werden aus 35 Gramm Weizenmehl hergestellt und zum Preis von 10 Pfg., in den Wirtschaften zu 12 Pfg. gegen besondere Marken abgesetzt. Der 200 Gramm-Kriegskopf ist mit dem heutigen Tage verschwunden.

Stuttgart, 2. Dez. In den nächsten Wochen sollte der mit so großer Spannung erwartete dritte Band der Wilmarschen Gedanken und Erinnerungen beim hiesigen Cotta'schen Verlag aufgegeben werden. In diesem Band sind eine Anzahl von Briefen des früheren Kaisers enthalten. Von Seiten der Vertretung des Kaisers ist nun beim Landgericht Stuttgart der Antrag gestellt worden, die Ausgabe des dritten Bandes der Gedanken und Erinnerungen Wilmarschs zu verbieten, da nach dem Urheberrecht an Briefen eine rechtliche Grundlage für die Verweigerung der Veröffentlichung vorliegt. Das Landgericht hat einstweilen verfügt, daß die Ausgabe des dritten Bandes von Wilmarschs Werk verboten ist. Die Angelegenheit ist damit aber noch nicht erledigt, eine endgültige Entscheidung wird das Oberlandesgericht in allerhöchster Zeit zu treffen haben.

Hochau, 2. Dez. Nach 53 jähriger Dienstzeit an der Volkshule trat auf 1. Dezember Volksschulrektor Schittenhelm in den Ruhestand. 44 Jahre lang war er in hiesiger Stadt erlöglicherweise tätig, seit 1900 als Oberlehrer, seit 1910 als Rektor. Der 73 Jährige hat fast zwei Menschenalter die Entwicklung der hiesigen Stadt mitgemacht.

Heidenheim, 3. Dez. Hier hat sich in letzter Zeit zweimal kurz hintereinander der seltene Fall von Drillinggeburt ereignet.

Michelbach O.K. Gerabronn, 3. Dez. Abends gegen 8 Uhr überfielen fünf Diebe den Eingang des Ortes ein 16 Jahre altes Mädchen, das in Begleitung ihres Bruders war, von Weimbach gebürtig und hier bedienstet ist. Während einige der Kerle den Bruder hinarbeiten und festhielten, schleppten die anderen das Mädchen fort. Der Bruder, der später wieder freigelassen wurde, machte sofort Anzeige. Die Landjägersmannschaft konnte bis jetzt der Streiche nicht habhaft werden. Auch das Mädchen hat sich bis jetzt nicht wieder eingefunden.

Briefkasten.

Landwirt D. „Technische Notfälle“, das Wort, das in der letzten Zeit in der Presse häufig genannt worden ist, benennt eine vom Reichswehrministerium geschaffene großjüngige Einrichtung, abzuenden sollen. Sie bringt, wie ja das Wort schon sagt, technische Hilfe in der Not. In allen Fällen, in denen durch Arbeitsmangel Betriebe stillgelegt werden, die für die Lebenshaltung aller Volksgenossen von allergrößter Wichtigkeit sind, wie z. B. Eisenbahn, Elektrizität, Gas, Wasser, Lebensmittelmittel, soll die technische Notilfe eingreifen und den Betrieb solange weiterführen, bis der Streik beendet ist. Damit also alle Hausfrauen kochen, alle kleinen Kinder das höchste Milch, das ihnen von Entente-Gnaden noch zufließt, bekommen können, die Sicherheit für alles Eigentum und Leben durch Einstellung der Forderung nicht noch mehr vermindert werde, dazu ist die technische Notilfe da. Die Ansicht, daß es sich um eine organisierte Streikbrechertuppe handelt, ist grundfalsch. Es ist lediglich eine berechnete Notwehrmaßnahme, die das ganze Volk vor schweren Gefahren schützen soll.

Letzte Nachrichten.

Eine neue französische Zeitung.

Hamburg, 3. Dez. (Sig. Tel.) Das Hamburger Fremdenblatt erfährt aus Paris: Sofort nach Beendigung des Pariser Zeitungstreits wird in Paris ein neues großes Abendblatt erscheinen, das sich die Aufgabe stellt, eine dem Tempus entgegengesetzte Haltung anzunehmen und nachdrücklich für sorgfältige Pflege von Handelsbeziehungen mit Deutschland und Oesterreich einzutreten. Das Blatt wird den Titel „La Force Française“ führen.

Neue Forderungen an Deutschland?

Berlin, 3. Dez. Wie verlautet, soll gestern eine Note über die deutschen Wehrorganisationen in Berlin eingetroffen sein.

Fortsetzung der Enthaltungen.

Berlin, 4. Dez. Wie wir von zuständigen Stellen erfahren, werden die deutschen Dokumente über den Kriegsausbruch am 10. Dez. erscheinen.

Rodensen.

Stettin, 4. Dez. Generalfeldmarschall v. Rodensen trat gestern abend 7.46 Uhr mit dem fuhrplanmäßigen Zug, dem ein betränkter Salonwagen angehängt war, aus dem hiesigen Bahnhof ein, wo eine Ehrenkompagnie aufgestellt war. Eine große Menschenmenge hielt den Bahnsteig besetzt, die brauende Hochrufe auf den Feldmarschall ausbrachte und vaterländische Lieder sang.

Der teuere Metallarbeiterstreik.

Berlin, 4. Dez. Aus einer Funktionärshaltung des Metallarbeiterverbandes in Dresden teilt das Berl. Tagbl. mit, daß bis vor kurzem in 23 Orten rund 22.500 Metallarbeiter streikten, und daß diese Streiks wöchentlich 5.650.000 Mk. kosteten. Davon bezog allein die Hohlzelle Berlin mit über 200.000 Beteiligten einen wöchentlichen Aufschuß von rund 5 Millionen Mark, im ganzen 12 Millionen Mark. Die Durchführung weiterer Lohnbewegungen vermittelte Arbeits-einstellungen müsse darauf gesehen werden, daß solche möglichst auf dem Verhandlungswege durchgeführt würden. Einer nicht ordnungsmäßig durchgeführten Lohnbewegung werde die Unterstützung entzogen werden.

Mündliche Verhandlungen.

Berlin, 4. Dez. Auf die letzte Note der Entente beabsichtigt die deutsche Regierung wie das V. Tagbl. hört, nicht in Form einer neuen Note zu antworten. Sie wird versuchen, in mündlicher Besprechung zu einer Einigung mit der Entente zu kommen.

Gefunken.

Piel, 4. Dez. Der durch den Nordostkanal mit einer Frachtladung gekommene Dampfer „Elbing I“ ist auf der Fahrt nach einem westlichen deutschen Hafen in der Hochwaidbucht, nachdem das Schiff vorher auf Grund geraten und leck geworden war, gesunken.

Zur Page in Italien.

Rom, 4. Dez. Der sozialistische Deputierte Treves erklärte anlässlich der Besprechung der Zwischenfälle vom Dienstag in der Kammer, daß der allgemeine Arbeiterbund die sozialistische Parteileitung und die sozialistische Kammerfraktion beschloffen hätten, den Generalkrieg in allen Städten Italiens am Mittwoch um Mitternacht abzukündigen.

Mailand, 4. Dez. Der „Avanti“ schreibt, daß auch in Florenz von den Anarchisten, die mit einem Umzug der Sozialisten zusammentraten, Zwischenfälle schwerster Art provoziert wurden. Es fielen Revolververhände, wobei es mehrere Verletzte gab.

Mailand, 4. Dez. „Popolo d'Italia“ hält an der Tatsache fest, daß die Demonstranten vorgestern eine wahre Jagd auf Offiziere machten. Gruppen von solchen wurden umzingelt, erzwungen, angegriffen und mit den gemeinsten Mitteln beschimpft. Die Sozialistenführer ermunterten zu Angriffen auf Offiziere, indem sie ausstiegen, daß sozialistische Deputierte in Rom von Offizieren überfallen worden seien.

Die Union und Mexiko.

New York, 28. Nov. (Berl. Post eingetroffen.) Die Bundesregierung sieht es nicht ungern, daß die mexikanische Frage alle andern, namentlich Feuerung und Kohlennot, überhätet und die Aufmerksamkeit des Volkes von diesen ablenkt. Ein Krieg wird jedoch zunächst nicht erwartet, wenigstens seit Juli schon neun Amerikaner ermordet worden sind schon damals warnte Wilson Carranza, daß solche Dinge anstehen müßten.

Wie die Schriftleitung freundlichst Herrn Wilhelm Walter, Reg.-Rat u. Verlag des W. M. holländischen Buchverlags (Karl Jellert) wies.

Der Triumph des Lebens.

Roman von Pola Stein.

(Nachdruck verboten.)

Erster Teil.

1. Kapitel.

Doktor Walter Runge klopfte an das kleine Zimmer, das seine Schwester im Krankenhaus bewohnte. Irene hatte schon auf ihn gewartet, nun bog sie sich an des Bruders Arm, lächelte ihn an und sagte:

„Du bist mich heute mittag ganz neugierig demot, als du mir in aller Eile von diesem geheimnisvollen Bekker erzählt, der heute mit uns sein will. Woher ist es denn von eigentlich?“

Er antwortete nicht gleich. Seine Augen glitten über ihre schlaffe Gestalt in der einfachen Schwestertracht, wollten nun auf ihren schönen Hagen. Unter der Haube drang das goldbraune Haar in wie zu kühnlicher Fülle lockig hervor, umrahmte das feine Oval des Gesichtes, dem die großen goldbraunen Augen den wunderbaren Reiz verliehen.

Walter Runge sagte finzend: „Sünde ist es ja doch, daß du Schwestertracht tragen mußt, Irene, ewig schade!“

Sie lachte ihn an mit ihren blühenden Zähnen: „Du bist wie bleibst der treue meiner Verehrer, Zumeist so viel wie du hat sich noch nie ein Reich mit meinem Aussehen befaßt, ich selbst auch nicht! Aber nun antworte, ich habe etwas gefragt, du hast mich wohl gar nicht gehört, du?“

Nun lachte auch er. „Doch Schwesterlein, ich hörte. Also über den Doktor Herr Volkmer willst du Näheres wissen?“

Sie nickte.

Sie hatten das Krankenband verlassen und gingen nun eine der Hauptstraßen entlang, die um diese Abendstunde stummlich belebt war. Die Geschäfte hatten gerade ihre Pforten geschlossen, Verkäufer und Verkäuferinnen

traten den Straßweg an oder machten noch einen Spaziergang. Viele junge Paare sah man, die jetzt, nach des Tages Mühen, die kurzen Abendstunden genießen wollten.

Den hohen schlancken Gestalten der Geschwister folgte man den bewundernden Blick. Denn auch in der einfachen und strengen Schwestertracht fiel Irene eigenartiger Liebreiz auf. Aber auch dem schwarzgeschmittenen Anblick ihres Bruders mit den großen, verträumten, leidenschaftlichen Augen galt manches wohlgefällige Mädchenlächeln.

„Wohin gehen wir?“ fragte Irene.

Er nannte ihr ein Gartencafé, das nahe am Wasser lag und mit der Straßenbahn zu erreichen war. „Daher Volkmer wollte gern etwas frische Luft genießen heute abend, er, denselben Wunsch haben wir ja auch, wenn wir einmal ein paar Stunden für uns frei haben. Und er, der heute den ganzen Tag in dem heißen Gerichtssaal verdingen mußte, wird müde und abgepaant sein.“

„Er ist um den Strafprozeß hier, Walter?“

„Ja, er ist der zweite Verteidiger der Frau Scharf.“

„Was weißt du übrigens von dem Prozeß, Meine?“

„Eigentlich gar nichts. Ich hörte die Schwester heute flüchtig davon sprechen. Du kannst mir näher erzählen. Nun sage mir, der Herr Volkmer ist doch kein richtiger Bekker von uns?“

„Nein, erst in zweiter Linie. Die Mütter waren Cousins. Die seine, die noch lebt, hat sehr an unserem Mütterchen gehangen, wie er mir sagt. Er wäre schon öfters in letzter Zeit in unserer Stadt gewesen, aber immer nur mit so beschränkter Zeit, daß er seinen Vorleser, uns anzusehen, nie hätte ausüben können. Jedemal hat seine Mutter ihm dann Vorwürfe gemacht, und wohl nur um ihn den Willen zu tun, hat er mich nun heute aufgelockt. Er hat jetzt auch ein wenig mehr Zeit, da er ja hier bleiben muß, bis der Prozeß erledigt ist.“

Sie hatten nun die Haltestelle der Straßenbahn erreicht und saßen nun ihrem Ziel entgegen. Irene fragte:

„Gefällt er dir, Walter?“

Der Bruder warf sie leicht. „Scha! Ein interessanter, erndt und Hunger Mann, dem das Leben nicht allzu leicht zu sein scheint.“

„Wie meinst du das?“

„Er erzählte mir von der langjährigen Krankheit seiner Frau. Ein schweres Nervenübel, unter dem das ganze Haus zu leiden scheint. Gott, er sagte natürlich nicht viel, deutete nur an. Aber er ist so fürchtbar ernst, ich denke mir schon das übrige.“

„Du irrst! So wozu von ihm, Walter, wie sonst niemals von fremden Menschen!“

„Er lächelt.“ „Dier Herr Volkmer gefällt mir auch ganz besonders gut. Ich habe seinen Namen in den letzten Jahren öfters gelesen, immer wenn große Prozesse in Berlin waren, habe dann auch jedesmal daran gedacht, daß er in unserer Verantwortung steht. Er scheint recht zu den beliebtesten und bescheidensten jüngeren Verteidigern zu zählen. Er hat es in seinem Beruf mit seinen fünfunddreißig Jahren recht weit gebracht.“

Als die Geschwister das Gartencafé erreicht, erhob sich Dr. Herr Volkmer, der schon an einem Tisch Platz genommen hatte, und trat ihnen entgegen.

Er war schlank, übermäßig von Irene's Erscheinung. In seinem lächelnden, bartlosen, klugen Gesicht war offene Bemühen um sie, seine ersten Augen leuchteten auf in warmer Freude beim Anblick der reizvollen Mädchen-gestalt, er drückte ihre Hand.

„Walter hat das verwandtschaftliche Du nicht aus-gesprochen, als ich es ihm anbot. Darf ich von seiner Schwester das selbe hoffen?“

„Wenn Ihnen“ — sie brach ab und lachte — „wenn dir daran liegt?“

„Wir sind doch nun einmal verwandt“, meinte er, „wenn wir auch bisher von unerer Eltern kaum etwas wußten. Aber unsere Mütter haben sich früher einmal sehr lieb gehabt, wenigstens hat die meine mir das oft erzählt und von der Schönheit, Heiterkeit und Güte unerer Mutter geschwärmt.“

(Fortsetzung folgt.)

Ämtliche Bekanntmachungen.

Herstellung von Schnitzbrot.
Für die Zeit bis 31. Dezember d. J. ist wie in den Vorjahren die Herstellung von Schnitzbrot (Hühnerbrot) aus Getreidemehl aller Art oder mehrlartigen Stoffen in gewerblichen Betrieben wie in Haushaltungen gestattet. Für die gewerbliche Herstellung und den Verkauf von Schnitzbrot gelten die bisherigen Bestimmungen. Das Schnitzbrot darf hiernach stets nur gegen Mehl- und Brotmarken abgegeben und mittels solcher bezogen werden. Hiefür gelten nur die sogenannten Mehl- und Brotmarken und die Mehlbrotmarken. Dabei muß entsprechend der üblichen Zusammenfassung des Schnitzbrotes das einzelne Laibchen mindestens das dreifache Gewicht der Mehlmenge haben, für welche die abgegebene Marke gilt. Eine Marke über 150 Gramm Mehl oder 4 Mehlbrotmarken haben also Bezugswert für ein Schnitzbrot von mindestens 450 Gramm Gewicht.
Ein Höchstpreis für Schnitzbrot (Hühnerbrot) wird nicht bestimmt; doch wird die Einhaltung eines angemessenen Verkaufspreises durch die Preisprüfungsstelle überwacht.
Nagold, den 3. Dez. 1919. Oberamt: Müns.

Auf die im Staatsanzeiger Nr. 273 vom 27. 11. 19 erlassene Verfügung des Ernährungsministeriums betreffend Änderung der Verfügung des Ministeriums des Innern vom 16. 5. 18 über die Genehmigung von Ersatzmitteln — Staatsanzeiger Nr. 116 — wird hiernit ganz besonders hingewiesen.
Nagold, 3. Dezember 1919. Oberamt: Müns.

Nuß- und Brennholz-Verkauf.

Die Stadtpflege Nagold bringt am morgigen Freitag, nachmittags von 1 Uhr ab am Bollmaringer Weg, beim Bildstöckle u. in der Nähe vom Müllersweg im Lustreich zum Verkauf:
2 Kirsch.-Abschnitte mit 0,19 u. 0,22 Jm. u. 3 Kastan.-Abschnitte mit 0,24, 0,31 u. 0,32 Jm., sowie 14 Hausen Kirsch., Birn- u. Kastanien.-Holz, das etwa 2 1/2 Km. außer. Brennholz.
Zusammenkunft u. Beginn bei Bahnh. Schütte's Haus. Zugelassen werden nur hiesige Kaufstiehhaber.
Nagold, 3. Dezember 1919. Oberamt: Müns.

Montag den 8. Dezember abends 8 Uhr
im Festsaal des Seminars

Konzert

auf zwei Klavieren
von
Hermann Keller, Tonkünstler, Stuttgart
und
Willy Bezner, Nagold.

Werke von Bach, Mozart, Reger.
Karten zu 250 M. (numeriert) und 1.50 M. (unnumeriert) ab Freitag bei G. W. Zaiser und am Saaleingang. 2372

Nagold.
Durch Beschluß sämtlicher Fuhrleute von hier, muß durch die enorme Steigerung der Betriebskosten der Stundenlohn von 6 auf 8 Mk. für den Zweispänner und von 4 auf 5 Mk. für den Einspänner ab 1. 12. erhöht werden.
Die Fuhrwerksbesitzer. 2370

2379 Nagold, den 3. Dez. 1919.



Dankfagung.

Die Beweise herzlicher Teilnahme an dem schweren Schicksalsschlage, der uns durch den Tod unserer innigstgeliebten Mutter

Frau Luise Barrn, Witwe

geb. Kurstedt

betroffen, sind uns ein Trost gewesen in unserem großen Schmerze.
Wir bitten, unsern herzlichsten Dank entgegen zu nehmen.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Marie Barry.

Abgabe von
Feintalg
bei Karl Rausser, Metzger für Buchst. A und B bis Plum. Es entfallen auf die Perlon 125 gr zu Mk. 3.00 p. Pfund. 2382
Ausweismarkenhierfür sind auf dem Rathaus Samstag nachm. von 2 Uhr an abzuholen.
Nagold, 3. 12. 19. Stadtschulth.-Amt.

M. B. N. Heute ab. 8 Uhr i. Festl. d. Sem.: Brudner 7. Symph. 1. u. 2. Satz zu 4 Händen. 2371

Flaschnerlehrling,
welcher noch ein halbes Jahr zu lernen hat, sucht Stelle. Kost und Wohnung beim Meister.
Angaben u. D 2376 an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten. 2376

Ein ehrlicher, zuverlässiger
Hausbursche
kann sofort eintreten bei
G. W. Zaiser
Buchhdlg. u. Buchdruckerei Nagold.

Ein **Mädchen**
nicht unter 18 Jahren für Haushalt und Wirtschaft bei hohem Lohn 2368
gesucht.
Kunstst. erteilt
Dür., Witwe, Waldorf.
Junges 2374

Mädchen
für den Haushalt
per sofort gesucht.
Haus Waldruhe Gündringen.
Weihnachts-Karten
in großer Auswahl empfiehlt
G. W. Zaiser, Buchhdlg. Nagold.

Widder-Tinte.
Die Bezeichnung
Überall zu verlangen.
F. A. Widder
Chemische Fabrik
Stuttgart.
Hauptniederlage
G. W. Zaiser
Nagold. 1047

**Evang. Kirchengemeinderatswahlen.
Wahlbestimmungen.**

Zeit: Am Sonntag, den 7. Dezember wird gewählt von 9.11 Uhr (nach Schluß des Hauptgottesdienstes) bis 2 Uhr. Haben bis dahin nicht 1/3 der Wahlberechtigten abgestimmt, ist also nach Gesetz ein zweiter Wahlgang nötig, so wird nach einem kurzen Glodenzug dieselbe von 2-3 Uhr angelegt. Um 3 Uhr ist die Wahlhandlung zu Ende.
Ort: Es sind wieder genau wie bei der Landeskirchenverammlungswahl im Sommer zwei Wahllokale: I. Bezirk (auf der Kirchenseite einerseits der Calwer, Markt- und Hailerbacherstraße) im Knabenschulgebäude Erdgeschoss, II. Bezirk (andererseits des genannten Hauptstraßenzugs auf der Rathausseite) im Rathaus II. Stod.
Wahlberechtigt sind alle über 25 Jahre alten männlichen und weiblichen Kirchengemeindeglieder, die hier wohnhaft sind. Ausgeschlossen sind solche Personen, die in den letzten 3 Jahren anlässlich eines Verbrechens Freiheitsstrafen oder Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte sich zugezogen haben.
Wählbar sind sämtliche Kirchengenossen, die das Stimmrecht haben.
Zu wählen sind 8 Männer oder Frauen, deren Namen unabweislich, womöglich mit Beruf und Vornamen, auf einem Zettel leserlich sein müssen. Ist nicht genau zu erkennen, wer gemeint ist, so ist der Name ungültig.
Wahlvorschl. Als unverbindliche Richtlinie ist ein solcher ausgearbeitet worden, der in alphabetischer Reihenfolge zuerst die Namen der bisherigen Kirchengemeinderäte (soweit sie sich wieder zur Verfügung stellen), dann weitere 17 (am Schluß 2 Frauen) aufweist. Dieser Wahlvorschl. wird 1. im Gesellschaftler veröffentlicht, 2. in je 2 Exemplaren der Samstagsnummer dieses Blattes beigelegt werden, 3. in der Zaiserischen Buchhandlung, 4. am Sonntag nach dem Hauptgottesdienst im Lauffstüblein, 5. in den Wahllokalen aufsteigen.
Gültig ist aber auch jeder mitgebrachte Zettel mit beliebigen Namen von wählbaren Kirchengenossen.
Beim gedruckten Wahlvorschl. ist gedacht, daß, womöglich zu Hause schon, 8 Namen (durch Streichung der übrigen) deutlich als gewählt kenntlich gemacht werden. Wird er unabgeändert oder mit weniger Streichungen abgegeben, dann gelten die ersten 8 unangestrichenen Namen.
In den vorgedruckten Namen können andere nach Belieben und an beliebiger Stelle hinzugefügt werden, die ebenso gültig sind, falls dafür andere in genügender Anzahl gestrichen werden.
Denselben Namen mehrmals zu nennen ist wertlos; er gilt dann nur einmal.
Jede Person darf nur einen Stimmzettel abgeben und zwar nur für sich selbst.
Als gewählt werden die Namen mit den 8 höchsten Stimmzahlen gelten; nimmt ein Gewählter die Wahl nicht an, so tritt die nächsthöhere Zahl an seinen Platz.
Das Wahlergebnis wird den Gewählten schriftlich und im Hauptgottesdienst des 3. Advent öffentlich bekannt gegeben.
Wahlbeanstandungen müssen von da ab innerhalb 6 Tagen bei dem Vorsitzenden des Kirchengemeinderats angebracht werden.
Es werden nach Beratung im Kirchengemeinderat und im Einvernehmen mit einer Bürgerversammlung folgende Namen zur Wahl unverbindlich vorgeschlagen die Herren:
Verwalter Gottlieb Bauer. Schreinermeister Gottlob Jenne.
Sem.-Rektor Georg Dietele. Geometer August Rapp.
Sem.-Oberlehrer Karl Klunzinger. Kettenmacher Wilhelm Luginsland.
Gerbermeister Wily. Mayer. Schreinermeister Georg Maier.
Weinhändler Carl Schwan. Gärtnermeister Hermann Raaf.
Reallehrer Felix Bodamer. Buchdrucker Karl Reichert.
Schreinermeister Friedrich Gabel. Geschäftsführer Jakob Schandel.
Konditor Theodor Gauß. Badbesitzer Karl Schwarzkopf.
Landwirt Wilhelm Hauser. Konditor Heinrich Strenger.
Rehgermeister Christian Häußler. Frau Schulrat Klara Schott.
Schreinermeister Friedrich Hezer. Frau Schneidermeister Veria Theurer.
Der Vorsitzende des Kirchengemeinderats:
J. B. Stadtpfarrer Dr. Schairer.

NAGOLD. 2366

Für den Weihnachtstisch empfehle als hübsche Geschenke:
Schreibzeuge, Album, Schreibmappen, Briefpapier
Schatullen, Kasten verschiedener Art, Damentaschen
Bilder * Majolika-Vasen * Rahmen
Brieftaschen, Portemonnaies, Zigarren- u. Zigaretten-Etuis
Holzpfleifen * Toilette-Artikel * Spazierstöcke

Carl Pflomm.

Für die Kirchengemeinderatswahlen werden
Stimmzettel
rasch angefertigt.
G. W. Zaiser
Buchdruckerei, Nagold.
Ein Paar bereits noch neue
Rohrstiefel,
Gr. 46-47, hat preiswert zu verkaufen. 2369
Wer? sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Bauschutt und Erde
zum Auffüllen
kann kostenlos abgeholt werden.
2375 Kraft.

Zu kaufen gesucht wird ein gut erhaltener
Leimofen
sowie 5-6
Fournierböcke
und Zinkzulagen.
Von wem? sagt die Geschäftsstelle des Blattes. 2380

Mädchen,
sauber u. zuverlässig, in H. Haushalt d. hoh. Lohn. Angebote an 2367
P. Christophori,
Pfarzheim, Pfälzerstr. 20.

© Gummistempel ©
in allen Größen empfiehlt
G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.

Versteht an...
Nagold, den 3. Dez. 1919.
Oberamt: Müns.